

Ognian N. Hishow*

Ist Bulgariens Wirtschaft reif für die EU?

Der verspätete Start und seine Ursachen

Als im November 1989 die Einparteiendiktatur in Bulgarien beendet wurde, zählte das Balkanland noch nicht zu den Nachzüglern der politischen Wende in Osteuropa. Im Gegenteil, zum Zeitpunkt des Sturzes von Partei- und Staatschef Živkov saß der rumänische Diktator Ceaușescu noch fest im Sattel, das ehemalige Jugoslawien war noch unversehrt und selbst in der damaligen ČSSR präsidierte noch Altkommunist Gustav Husak. Auch die Wirtschaftsreformen wurden kaum verspätet eingeleitet: in der Tschechoslowakei am 1. Januar 1991, in Bulgarien – mit der Preisliberalisierung – einen Monat später. Damit enden aber auch die Gemeinsamkeiten mit den Reformvorreitern, die den Reformpfad niemals verlassen haben, während die bulgarische Wirtschaftspolitik das Land in den zweiten Zusammenbruch Ende 1996 führte. Erst ab Mitte 1997 gewann das BIP-Wachstum an Dynamik, so daß der Gedanke an eine EU-Mitgliedschaft überhaupt möglich wurde. Eine überschlägige Rechnung macht den volkswirtschaftlichen Preis der Reformträge deutlich: Das Wirtschaftswachstum der mitteleuropäischen Reformländer Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn betrug als regionaler gewogener Durchschnitt 1991–1996 rund 4%. In Bulgarien verringerte sich dagegen das BIP im gleichen Zeitraum jährlich um 4%. Hätte das Wachstum der bulgarischen Wirtschaft von Anfang gleichgezogen mit dem der zentraleuropäischen Reformökonomien, läge das Pro-Kopf-Einkommen Bulgariens heute um die Hälfte höher und damit auf dem Stand des Baltikums und nahe dem der Slowakei.¹ Bulgarien hat also nicht nur unter seinen ungünstigen ökonomischen Startbedingungen gelitten – das Land war Ende der 1980er Jahre ärmer als die Staaten der Visegrád-Gruppe – sondern auch unter seiner inkonsequenten Wirtschaftspolitik in den frühen 1990er Jahren.

Dieses Muster wiederholt sich bei der Vorbereitung des Landes auf die Aufnahme in die EU. Auch in diesem Fall waren die anfänglichen Verhandlungsvoraussetzungen nicht ungünstig. Die EU-Kommission hatte sich ursprünglich auf die Aufnahme lediglich einiger weniger ostmitteleuropäischer Länder eingestellt, zu denen die Slowakei, Lettland und Litauen wie auch Bulgarien und Rumänien zunächst einmal nicht gehörten. Wegen der Nichterfüllung der Kopenhagener Kriterien lehnte die Kommission noch 1997 den Beginn von Beitrittsgesprächen

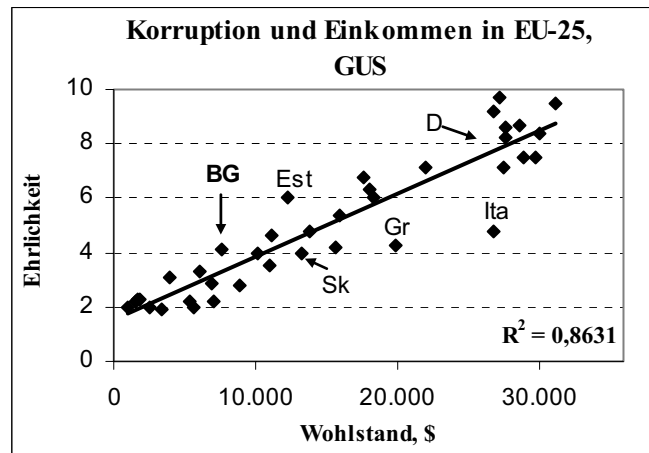
* Dr. Ognian N. Hishow, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

¹ Berechnet nach Zahlenmaterial aus: United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) (ed.): *Economic Survey of Europe. Statistical Appendix*. Verschiedene Jahrgänge, <<http://www.unece.org>>.

mit der Slowakei unter Vladimir Mečiar ab. Erst nach dem Regierungswechsel in Bratislava 1998 empfahl der EU-Gipfel in Helsinki 1999 die Verhandlungsaufnahme. Dagegen war die Kommission in ihrer Stellungnahme von 1997 zu dem Ergebnis gekommen, Bulgarien erfülle die politischen Kriterien. In der Zwischenzeit – gegen Ende der 1990er Jahre – war es auch den Anforderungen einer funktionierenden Marktwirtschaft gerecht geworden, so daß Sofia aufgrund der Helsinki-Empfehlung von 1999 seine Beitrittsverhandlungen zeitgleich mit der Slowakei, den beiden baltischen Republiken und Rumänien im Februar 2000 aufnehmen konnte. Nur wurden diese mit Bratislava, Riga und Vilnius bereits 2002 abgeschlossen, mit Sofia und Bukarest hingegen erst zwei Jahre später. Auch hier stellt sich die Frage, was denn die anderen eher bewerkstelligt haben als Sofia, und auch hier ist die Antwort, daß sie vor allem im nichtökonomischen Bereich raschere Fortschritte erzielten. Es waren administrativen Kriterien, die den Ausschlag gaben: Laut Fortschrittsbericht 2001 hatte die Slowakei bereits 19 Kapitel des *acquis communautaire* abgeschlossen. Bulgarien wiederum tat sich schwer bei der Umsetzung von Acquis-Erfordernissen auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit und der Justiz, was die Kommission davon abhielt, einen zeitgleichen Beitritt mit den MOEL zum 1. Mai 2004 zu befürworten.

Angesichts dieser 'Leistungsschwäche' im Vergleich zu manch anderen Beitrittskandidaten, die ebenfalls Startschwierigkeiten zu überwinden hatten, aber erfolgreicher waren, könnte spekuliert werden, Bulgarien sei aus historischen, kulturellen und mentalen Gründen womöglich anders und schaffe es eben nicht, mitteleuropäische Effizienz zu bieten. Nach der intensiven jüngsten Kritik an Bulgariens korruptem Rechtswesen mit seinen angeblichen mafiosen Verbindungen und am Beziehungsgeflecht in der öffentlichen Verwaltung bietet sich naturgemäß Korruption vordergründig als Erklärungsmuster für das Zurückfallen Sofias an. Doch das Ausmaß der Korruption wird nicht als außergewöhnlich groß empfunden, und auch der relativ geringe Wohlstand des Landes scheint nicht Folge einer jegliche Wirtschaftsaktivität erstickenden Korruption zu sein (Graphik 1, S. 199). Zwar kann eine Korrelation zwischen der empfundenen Korruption in einem Land und seiner Wirtschaftsleistung je Einwohner recht deutlich aufgezeigt werden: Das aktuelle Bestimmtheitsmaß R^2 einer statistischen Menge aus 40 EU- und GUS-Mitglieds- und Kandidatenländern ist mit 0,86 ziemlich groß. Darin kommt zum Ausdruck, daß weniger wohlhabende Länder als weniger ehrlich empfunden werden (beispielsweise anhand des Funktionierens der öffentlichen Verwaltung oder bei geschäftlichen Transaktionen), daß aber mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen der Ehrlichkeitsgrad – ausgedrückt als Index der empfundenen Korruption – ebenfalls steigt. Dies läßt sich mit Hilfe der positiv geneigten Korrelationsgerade, die den Idealzusammenhang darstellt, sichtbar machen. Salopp formuliert, können arme Länder gar nicht korruptionsfrei sein; wohlhabende Nationen sind dagegen ehrlich. Zugleich weist die um diese Linie liegende Punktwolke auf deutliche Abweichungen vom statistischen Wert bei einzelnen Ländern hin. Dabei können die Länder, die über der Korrelationsgeraden plazierte sind, als relativ weniger korrupt interpretiert werden, diejenigen darunter aber als relativ zur Gesamtmenge korrupter.

Graphik 1



Ehrlichkeit = Corruption perception index

Quelle: Transparency International, <<http://www.transparency.org/>>;
Weltbank, <<http://www.worldbank.org/>>.

Unter Zugrundelegung eines solchen – vereinfachten – Kriteriums zeigt sich, daß Bulgarien nah an bzw. leicht über der theoretisch ermittelten Korrelationslinie liegt und sich mit einem Ehrlichkeitsgrad von 4 den Platz mit der Slowakei, Griechenland und anderen EU-Ländern teilt, die sich jedoch eines größeren Wohlstandes erfreuen. Am markantesten ist der Zusammenhang bei Italien, dessen Pro-Kopf-Einkommen eines der höchsten in Europa ist, wo aber die empfundene Ehrlichkeit (bzw. Korruption) auf dem Stand von deutlich weniger entwickelten Ländern liegt. Ein gegenteiliges Beispiel liefert China, dessen Wirtschaft seit zwei Jahrzehnten die weltweit dynamischste ist. Dennoch rangiert das Land im *Corruption Perception Ranking* traditionell weit hinter Bulgarien – beispielsweise 2004 auf Platz 71 (Bulgarien 54) von insgesamt 145 Positionen.²

Die Probleme Bulgariens sind folglich in seinem relativ geringen Entwicklungsgrad, gemessen als BIP je Einwohner, zu suchen. Die gute Nachricht ist, daß die relative Rückständigkeit nicht primär eine Folge von korrupten Verhältnissen in der Gesellschaft, Kriminalität und Klanstrukturen ist, sondern materielle Ursachen haben dürfte und durch Entwicklung zu überwinden ist. Bleiben der Wachstumsprozeß ungehindert und die Wirtschaft auf dem jetzigen Pfad einer aufholenden Entwicklung, dürfte auch der Europäisierungsprozeß der bulgarischen Gesellschaft anhalten.

² Siehe *Corruption Perceptions Index 2004*,
<http://www.transparency.de/Tabellarisches_Ranking.542.0.html>.

Bulgarische Catch-up Perspektiven und die Defizite des bisherigen Wachstumsmodells

Mit dem Beitritt 2007 – spätestens 2008 – wird Bulgarien nominal sein Ziel, Teil der Europäischen Union zu sein, erreicht haben. Dennoch wird das südosteuropäische Land einen weiten Weg zurücklegen müssen, bevor eine reale Konvergenz mit dem Rest der Staatengemeinschaft der 25 bzw. 27 Mitgliedsländer erzielt ist. Auch hier spielt die relativ bescheidene Ausgangsbasis eine wesentliche Rolle: Da Bulgarien in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eine längere Phase negativen Wachstums als zahlreiche mitteleuropäische Transformationsländer erlebt hat, dürfte sein wachstumspolitisches Ziel erst einmal der Anschluß an den MOE-Raum sein. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, dürfte sich die reale Konvergenz mit dem Westteil der EU als realisierbare Option bieten. Ausgehend von der Einkommensstruktur in der Union im Jahr 2004, ergeben sich je nach Wachstumsvorsprung gegenüber dem Wirtschaftswachstum der EU-15 sehr lange bis angemessene Aufholzeiträume – zwischen einem Jahrhundert und wenigen Jahrzehnten. In jedem Fall dürfte die Aufholjagd eine oder mehrere Generationen dauern.

Tabelle 1: Notwendige Jahre, um bei verschiedenen Wachstumsraten
das BIP je Einwohner der EU-15 zu erreichen

Land	BIP/EW, US-\$, KKP	3%	5%	7%
Slowenien	18.300	42	14	9
Tschechien	15.700	58	19	12
Ungarn	13.900	70	24	14
Slowakei	13.300	75	25	15
Estland	12.300	83	28	17
Litauen	11.200	92	31	19
Polen	11.000	94	32	19
Kroatien	10.700	97	33	20
Lettland	10.000	104	35	21
Bulgarien	7.600	132	44	27
Rumänien	6.900	142	48	29
EU-15	27.600			

Konstante BIP/Wachstumsrate von 2% p. a. in der EU-15 angenommen

Quelle: Weltbank, *World Facts and Figures*, GDP per Capita, May 2004,
<http://www.worldfactsandfigures.com/gdp_country_desc.php>

In der Tabelle sind die geschätzten Konvergenzzeiträume nach einem pessimistischen, einem realistischen und schließlich nach einem optimistischen Szenario dargestellt. Nach der pessimistischen Variante, d.h. bei einem nur unwesentlichen Wachstumsvorsprung Bulgariens von einem Prozentpunkt gegenüber der EU-15, ist der westeuropäische Lebensstandard erst in 132 Jahren zu erreichen. Wesentlich bessere Aussichten ergeben sich nach der optimistischen Variante, wonach das gleiche Ziel bereits nach 27 Jahren erreicht sein könnte. Den Gegebenheiten am nächsten kommen dürfte jedoch das realistische Szenario, bei dem ein Wachstumsvorsprung von 3 Prozentpunkten den Anschluß an Westeuropa in 44 Jahren, also eineinhalb Generationen, bringen würde. Als Faustregel kann gelten, daß je nach Wachstumstempo Bulgarien in rund einem viertel, einem halben oder erst einem vollen Jahrhundert das europäische Wohlstandsniveau genießen kann. Hierbei geht es um statistische Projektionen unter Gültigkeit der *ceteris paribus*-Bedingung: Mögliche weltwirtschaftliche oder weltpolitische Schocks wie Kriege, Naturkatastrophen, massive Ressourcenengpässe und ähnliches sind nicht eingerechnet. Würden solche eintreten, würde sich der jeweilige Zeitraum vermutlich ausdehnen.

Während das pessimistische und optimistische Szenario als weniger wahrscheinlich gelten mögen, dürfte die Feststellung, daß auch nach realistischer Schätzung die bulgarische Bevölkerung noch lange geduldig auf den Wohlstand warten muß, für viele frustrierend sein. Und doch ist diese Perspektive nicht ungewöhnlich, wie das Beispiel der dynamisch wachsenden Schwellenländer Asiens zeigt. Die heute entwickelten Volkswirtschaften Koreas, Taiwans oder die von Hong-Kong und Singapur starteten ihr aufholendes Wachstum in den 60er Jahren und benötigten bei hohen Wachstumsraten rund vier Jahrzehnte für den Anschluß an das Entwicklungsniveau der westlichen Industrieländer und Japans.

Damit ist eine weitere Herausforderung für die bulgarische Wirtschaftspolitik angesprochen: die Nachhaltigkeit des Wachstums. Ein Land wie Bulgarien muß Bedingungen schaffen, damit die genannten Zeiträume für das erforderliche aufholende Wachstum in der Praxis realisiert werden. In diesem Zusammenhang ist auf das zentrale wachstumspolitische Problem zahlreicher Entwicklungsländer zu verweisen: Sie "entwickeln" sich zwar, werden aber selten "entwickelte" Ökonomien, weil sie es nicht vermögen, über lange Zeitperioden hinweg überdurchschnittlich zu wachsen. Bulgariens Chancen, die Volatilitätsfalle des Wachstums in der Dritten Welt zu vermeiden, stehen dagegen nicht schlecht: mit der anstehenden EU-Mitgliedschaft sind wichtige Voraussetzungen dafür gegeben. Insbesondere geht es dabei um

- i) die Angleichung der Investitionsquoten Bulgariens und der EU-15 und
- ii) den ungehinderten Zugriff auf Innovationen und technologische Neuerungen im EU-Wirtschaftsraum.

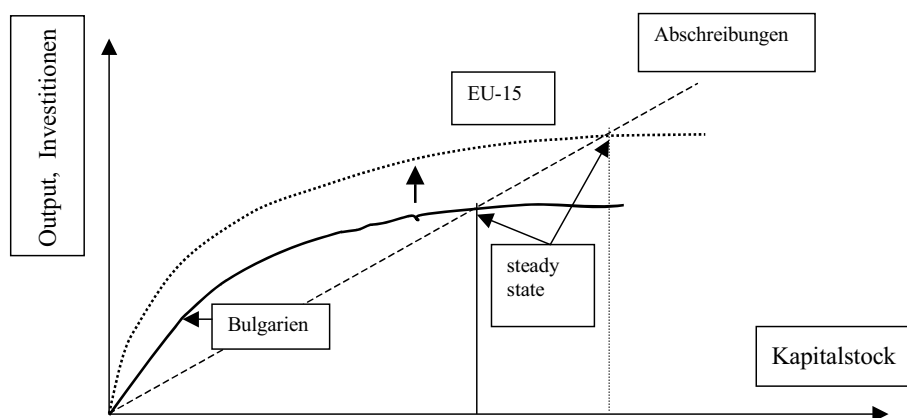
Mindestens gleiche oder größere Investitionsquoten in *Catch-up*-Ländern sind gemäß der geltenden Wachstumstheorie eine notwendige Bedingung für die Erzielung gleicher Produktivitätsniveaus und von da aus gleichen Wohlstandes. Ursache dafür ist die Besonderheit der Investitionsfunktion in allen modernen

Volkswirtschaften, die mit wachsendem Kapitalstock abnehmende (Grenz-)Erträge aufweist. Ein damit verbundenes Standardproblem in Entwicklungsländern ist, daß ihr Wirtschaftswachstum zunächst einmal sehr dynamisch und mit hohen jährlichen Raten anhebt, später aber abnimmt und gegen Null tendiert. In der Regel ist hieran die in diesen Ländern relativ kleine Investitionsquote schuld; das Ergebnis ist ein Wachstumsstillstand – der sogenannte Steady State – auf geringem Wohlstandsniveau. Auch in den Industrieländern ist die Wachstumsverlangsamung *ceteris paribus* eine natürliche Konsequenz des wachsenden Kapitalstocks; nur haben sie in den vorangegangenen Perioden ein hohes Einkommensniveau erreicht. Trotz Steady State genießen sie einen beachtlichen Wohlstand. Voraussetzung dafür war die in der Vergangenheit intensive Investitionstätigkeit mit hohen Spar- und Investitionsquoten über längere Zeiträume. Im Ergebnis ist die Kapitalausstattung der Arbeiter in den Industrieländern sowie ihre Produktivität hoch, was die Grundlage für den hohen Lebensstandard bildet. Graphik 2 (S. 203) veranschaulicht den Unterschied zwischen den Wachstumspfaden der Industrie- und zahlreicher Entwicklungsländer. Damit das *Catch-up*-Land Bulgarien einen ähnlichen Lebensstandard wie die EU-15 erzielt, muß es in den kommenden Jahrzehnten seine Investitionsquote auf einem hohen Stand stabilisieren. Andernfalls wird es ungeachtet seiner derzeit höher als in Westeuropa liegenden Wachstumsraten einen Steady State erreichen, der ihm ein zu geringes Pro-Kopf-Einkommen beschert. Es muß folglich seine hypothetisch niedrig liegende Entwicklungskurve anheben, indem es ein günstiges Investitionsklima auf Dauer schafft (Graphik 2, S. 203).

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich die Frage, warum es denn Wachstum sowohl in den westlichen als auch in Entwicklungsländern gibt, wo doch die Kombination aus Investieren und Kapitalstockwachstum letztendlich zum *Steady State* führt. Die Antwort liefert der technologische Fortschritt, der vor allem in den entwickelten Ländern die wichtigste Wachstumsquelle darstellt. Er ist die hinreichende Bedingung für Wachstum – auch in Volkswirtschaften, die sich im Konvergenzprozeß befinden. Für die Erfordernisse Bulgariens bedeutet dies, daß technische Erfindungen, Innovationen und Vervollkommnung der Produktion den Wachstumsprozeß der Wirtschaft erst nachhaltig machen. Es sei denn, das Land ist – freiwillig wie Nordkorea, oder unfreiwillig wie der mit Technologieembargo belegte ehemalige Ostblock – vom Technologietransfer abgeschnitten. Aber auch wenn diese Extrembedingungen nicht eintreten, sind die einzelnen Länder unterschiedlich befähigt, technologische Neuerungen zu implementieren. Generell gilt dabei, daß Volkswirtschaften, die einem Wirtschaftsblock – einer Freihandelszone, Zollunion, Wirtschaftsgemeinschaft etc. – angehören, besseren Zugang zum technologischen Fortschritt haben. Sie sind näher an der technologischen Vorderfront (*technological frontier*) als Länder, die keine Insider sind. Das liegt daran, daß die Outsider oft diverse nichttarifäre und/oder Handelsbarrieren überwinden müssen. Diese nehmen verschiedene Formen an, wobei die häufigsten Zölle, Listen sensibler Güter, Genehmigungsverfahren etc. sind. Dagegen garantieren in der EU die vier Bewegungsfreiheiten, insbesondere die freie Güterbewegung, einen freien Technologietransfer, weil Technologie

stets einen materiellen Träger hat, allen voran die Investitionsgüter. Damit genießen *Catch-up*-Volkswirtschaften in der EU eine Art "Integrationsprämie", die Outsider nicht so ohne weiteres zur Verfügung steht.

Graphik 2: Wohlstandsunterschiede
in Abhängigkeit von verschiedenen Steady State-Pfaden

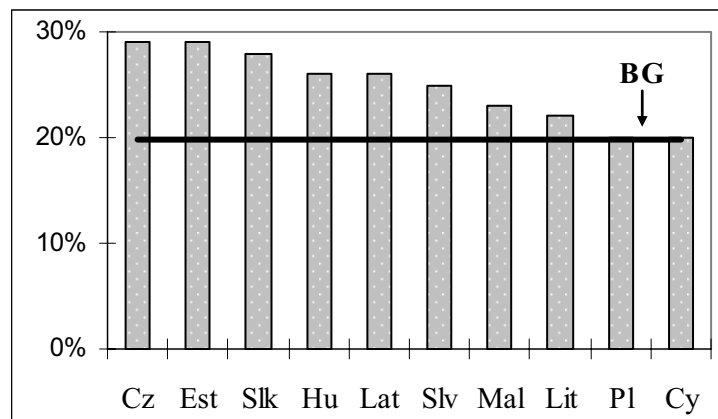


Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist die Frage relevant, welche Perspektive Bulgarien in Bezug auf eine Annäherung seiner Investitionsleistung an jene der EU-15 hat. Ferner ist zu untersuchen, wie technologiebasiert das bulgarische Wirtschaftswachstum ist – auch angesichts der Tatsache, daß die Lissabon-Strategie der EU für Wachstum und Innovation nun auch von den Beitrittsländern mitzutragen ist.

Was den Aufbau eines adäquaten Kapitalstocks nach dem ökonomischen Systemwechsel betrifft, war die bisherige Leistung Bulgariens im Vergleich zu den 10 neuen Mitgliedsländern wenig überzeugend. Im Durchschnitt der 1990er und frühen 2000er Jahre lag die bulgarische Investitionsquote mit ca. 20% des BIP auf bzw. unter dem Niveau der westlichen EU. Eine Einkommenskonvergenz in absehbarer Zukunft würde gemäß Wachstumstheorie dagegen höhere Investitionsraten als in der EU-15 erfordern, Raten etwa im Bereich derer der mitteleuropäischen Transformationsländer und des Baltikums (Graphik 3, S. 204). Erfreulicherweise scheint dies mittlerweile der Fall zu sein: In Bulgarien ist die Investitionsquote in den letzten Jahren gestiegen und scheint der Investitionseinbruch der Vergangenheit endgültig überwunden. Die EU-Kommission geht in den kom-

menden Jahren von hohen Investitionsraten von bis zu 27% des BIP aus.³ Damit schließt das Land an die MOE-Vorreiter an und schafft die materielle Grundlage für einen anhaltenden Konvergenzprozeß.

Graphik 3: Investitionsquoten in Mittel und Osteuropa, Durchschnittswerte 1993-2005 in % des BIP



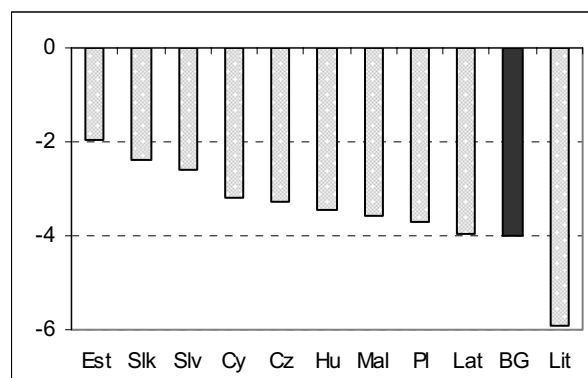
Quelle: European Commission, Directorate General for Economic and Financial Affairs (DG ECFIN): *European Economy, Statistical Annex*; verschiedene Ausgaben

Allerdings darf die Quantität des investierten Kapitals nicht das alleinige Anliegen einer auf beschleunigtes Wachstum abstellenden Wirtschaftspolitik sein. Das leuchtet intuitiv ein, wenn man sich an die Vergangenheit gerade Bulgariens, Rumäniens und anderer früherer Comecon-Länder erinnert. Im Bestreben, eine rasche Industrialisierung um jeden Preis zu erzielen, neigten diese ehemaligen Planwirtschaften zur Überakkumulation auf Kosten des Konsums und der Umweltqualität. Sehr hohe Spar- und Investitionsquoten sind in Marktwirtschaften bzw. in Demokratien ohnehin schwer durchzusetzen, da hier weniger die kollektiven Staatsinteressen als vielmehr das individuelle Interesse der Bürger an mehr Konsum und Freizeit im Vordergrund steht. Wenn Sparen und Investieren in einer Volkswirtschaft so austariert sind, daß sie der Maximierung der makroökonomischen Konsumfunktion genügen, dann ist die Investitionsquote weder zu groß noch zu klein und ist der Kapitalstock nach der sogenannten Goldenen Regel

³ Europäische Kommission, Generaldirektion ECFIN Wirtschaft und Finanzen: *Statistischer Anhang zu "Europäische Wirtschaft"*, Frühjahr 2006, <http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2006/statannex0106_de.pdf>.

der Kapitalakkumulation dimensioniert.⁴ Ein diesbezügliches volkswirtschaftliches Optimum, das der Goldenen Regel genügt, umzusetzen, ist den meisten MOE-Beitrittsländern bislang nicht gelungen. Allerdings kommen einige von ihnen recht nah an die Goldene Regel heran, während Bulgarien noch weit davon entfernt zu sein scheint (Graphik 4).

Graphik 4: Suboptimale Kapitalakkumulation*
1993–2005 in MOE und Bulgarien, %



* BIP-Wachstum in % abzüglich der Goldenen Regel
der Kapitalakkumulation in %;
Abschreibungsrate und Anteile des Kapitaleinkommens
am BIP geschätzt.

Quelle: European Commission, DG ECFIN, a.a.O.

Der Vergleich vermittelt eine Vorstellung darüber, wie optimal die Kombination aus Sparen und Investieren einerseits und Wachstum andererseits in den letzten 12-13 Jahren im MOE-Bereich ausgefallen ist. Eine größere Lücke (ermittelt als Differenz zwischen dem jeweiligen jährlichen BIP-Wachstum in Prozent und dem Nettogrenzprodukt des Kapitals) deutet auf eine verhaltene Investitionstätigkeit hin und umgekehrt. Entsprechend lautet die Schlußfolgerung im Falle Bulgariens: Das Land hat in der jüngsten Vergangenheit suboptimal gespart und investiert und bildet in dieser Hinsicht das Schlußlicht unter den hier untersuchten Transformationsökonomien des ehemaligen Ostblocks. Nur Litauen schneidet noch schlechter ab, während die kleinen dynamischen Ökonomien Estlands, der Slowakei und Sloweniens deutlich näher am Optimum liegen.

Nun ist dieses Ergebnis nicht zu dramatisieren, da wie bereits ausgeführt,

⁴ Mathematisch ist das im einfachen Fall ohne Bevölkerungs- und Technologiewachstum erreicht, wenn die Grenzkonsument Null ist, so daß das Kapitalgrenzprodukt gleich der Abschreibung, ist.

Wachstum und damit Wohlstand insbesondere in den fortschrittlichen Ökonomien nicht allein eine Funktion des Inputs von physischem Kapital ist. Je näher eine Wirtschaft am *Steady State* ist, desto größer wird die Bedeutung des technologischen Fortschritts für das Wachstum. Aber auch in weniger entwickelten Ländern kann er sehr hilfreich sein, vor allem wenn die Spar- und von da aus die Investitionsquote des betreffenden Landes – wie im Falle Bulgariens in den letzten Jahren – nicht sehr groß ist. Der unzureichende Kapitalinput kann dann durch mehr Innovationen und technische Verbesserungen kompensiert, ja überkompensiert werden.

In den "alten" Marktwirtschaften" der EU-Neumitglieder Malta und Zypern war der technologische Fortschritt mit einem Beitrag von etwa 50% zum BIP-Wachstum der letzten 12-13 Jahre eine wichtige Wachstumsquelle. Ungeachtet ihrer Kleinheit weisen diese beiden Ökonomien, die keinen Transformationseinbruch erlebt haben, das charakteristische Wachstumsmuster relativ wohlhabender Länder auf. Hier tragen der Kapital- und Arbeitsinput, sowie der technologische Fortschritt gleichermaßen zum BIP-Wachstum bei. Auch in der innovativen Wirtschaft Estlands, das eine technologische Wende seit dem Zerfall der früheren Sowjetunion vollzogen hat, war der technologische Fortschritt sehr dynamisch. Gleiches gilt für die Slowakei, die sich zum internationalen Schwergewicht im Automobilbau gemausert und entsprechend moderne Technologie über die massiven ausländischen Direktinvestitionen angezogen hat. Die technologische Modernisierung der slowakischen Industrie schlägt sich im hohen Tempo des technischen Fortschritts und seinem spürbaren Beitrag zum Wirtschaftswachstum nieder.

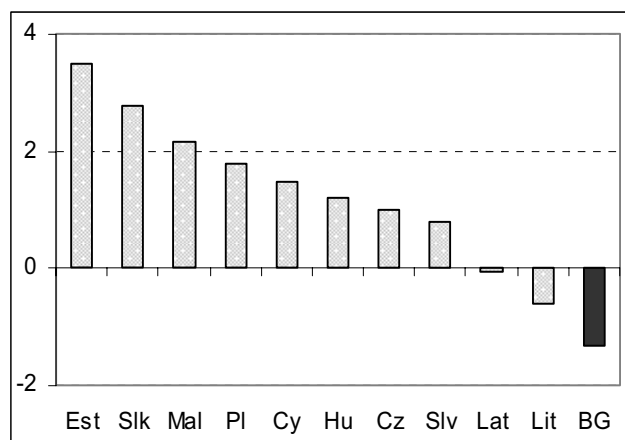
Problemfälle sind dagegen Bulgarien und teilweise die beiden baltischen Republiken Lettland und Litauen (Graphik 5, S. 207). Dort war seit der politischen und ökonomischen Wende der technologische Fortschritt entweder unbedeutend (Lettland) oder wie in Bulgarien negativ (Litauen)⁵. Negatives Tempo des technologischen Fortschritts ist ein Indikator für unzureichende Nutzung der Ressource Kapital und (sofern in den MOEL der Einsatz von Arbeitskräften ausgeweitet wird) Arbeit. Ein Wirtschaftswachstum, das Innovationen und technische Neuerungen ignoriert, kann nur kurzfristig aufrechterhalten werden, bevor es zum *Steady State* kommt. Ein solches Wachstumsmodell ist ferner konträr zur Lissabon-Strategie der EU für ein wissensbasiertes Wachstum in Europa.

Allerdings hat sich auch auf diesem Gebiet die Situation in den letzten Jahren verbessert. Das schlechte Abschneiden Bulgariens im Vergleich zu den meisten MOE-Ländern, abgebildet in Graphik 5 (S. 207), ist teilweise auf die Wirtschaftskrise Mitte der 1990er Jahre zurückzuführen, als die Investitionen zunächst einbrachen. Später erholte sich die Investitionstätigkeit von einem niedrigen Stand aus, was höhere Wachstumsraten der Anlageinvestitionen als die BIP-Wachstumsrate zur Folge hatte. In Kombination mit einer leicht anziehenden Beschäftigung ergibt dies ein fallendes Tempo des technologischen Fortschritts.

⁵ Negativer technologischer Fortschritt bedeutet, daß die Wachstumsrate des Kapital- und/oder Arbeitsinputs größer ist als die BIP-Wachstumsrate.

Auch hier zeigt sich, daß Bulgarien verspätet den Anschluß an die übrigen Transformationsländer findet. Ein Vergleich mit Polen, dem Land mit einer ähnlich moderaten Investitionsleistung in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten, aber merklich höherem Wachstum, macht den Unterschied deutlich: In Polen leistete der wissenschaftlich-technische Fortschritt mit knapp 2% im Jahr einen signifikant größeren Beitrag zur BIP-Erholung als in Bulgarien und stellte das Wachstum auf eine breitere Grundlage.

Graphik 5: Tempo des technologischen Fortschritts*
1993–2005, % p. a.



* TFP (Total Factor Productivity)

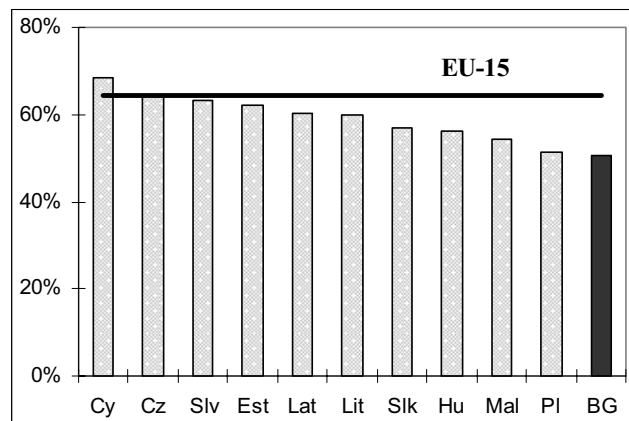
Anteile des Kapitaleinkommens am BIP teilweise geschätzt.

Quelle: European Commission, DG ECFIN, a.a.O.

Aber selbst in einer Situation, in der die Kapitalzufuhr verhalten ist und der technologische Fortschritt keinen meßbaren Beitrag zum Wachstum leistet, kann eine Wirtschaft immer noch dynamisch bleiben. Voraussetzung ist, daß die Beschäftigung wächst, so daß die anhaltende Arbeitszufuhr allein für Wachstum sorgt. Zwar ist ein Wachstum nur mit Arbeitsinput mittelfristig nicht wünschenswert, weil *ceteris paribus* so die Produktivität und das Pro-Kopf-Einkommen stagnieren, aber zumindest in der kurzen Frist ist diese Option einer Stagnation vorzuziehen. Vor diesem Hintergrund und angesichts des enttäuschenden Ergebnisses beim technologischen Fortschritt sowie der unzureichenden Investitionsaktivität seit dem Systemwechsel ist zu fragen, inwieweit Bulgarien ein arbeitgestütztes Wachstum erzielen konnte. Bekanntlich melden in der OECD und der EU-15 vor allem die nordischen Länder Island und Norwegen, aber auch Großbritannien, die USA sowie die Niederlande – auf Teilzeitbasis – überdurchschnittliche, in der Regel über 70% hohe Erwerbsquoten. Die von der EU für das Jahr 2010 angestrebte Erwerbsquote soll 70% erreichen, ausgehend von 64% im Jahr 2000 und

67% in 2005. Dagegen liegt die bulgarische Erwerbsquote deutlich niedriger; sie war 2001 sogar unter 50% gerutscht, erholte sich aber seither wieder auf 55% im vergangenen Jahr.⁶ Dennoch blieb sie neben der polnischen die niedrigste im ost-europäischen Raum (Graphik 6).

Graphik 6: Erwerbsquoten 2005,
% der 15–64jährigen Bevölkerung



Quelle: Europäische Kommission, Eurostat:
Europa in Zahlen, Eurostat Jahrbuch 2005,
Tabellen Arbeit und Arbeitsmarkt/
Beschäftigungsquote insgesamt %

Zwar verbirgt sich hinter der Kombination aus robustem Wachstum und stagnierender Beschäftigung der positive Effekt einer anziehenden Arbeitsproduktivität und im Endeffekt steigenden Wohlstandes. In der Tat war die Produktivitätsentwicklung in Bulgarien in den letzten Jahren erfreulich. Gleichwohl muß das Tempo beschleunigt werden, um in absehbarer Zeit den Anschluß an die EU-15 zu finden.

Die Kehrseite dieser Situation ist jedoch die unzureichende Auslastung der vorhandenen Arbeitsressourcen im Land und damit ein Wachstum unterhalb des vollen volkswirtschaftlichen Potentials. Dabei hat – wie festzuhalten ist, ohne an dieser Stelle in weitere Details zu gehen – eine anhaltende Potentiallücke weiterreichende Folgen: insbesondere die Tendenz zur Verfestigung der Arbeitslosigkeit und inflationäre Gefahren beim Versuch, diese zu bekämpfen. Es zeigt sich, daß Bulgarien – vielleicht bedingt durch die schwere Wirtschaftskrise in den

⁶ Siehe Europäische Kommission, Eurostat: *Europa in Zahlen, Eurostat Jahrbuch 2005*, Tabellen Arbeit und Arbeitsmarkt/Beschäftigungsquote insgesamt %, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1334,49092079,1334_49092794&_dad=portal&_schema=PORTAL.

1990er Jahren – noch nicht das Wachstumsmodell implementiert hat, das ihm eine gesicherte Konvergenz mit dem Wohlstand der Partner ermöglicht. Eher hat man den Eindruck, die Wirtschaft habe sich in den letzten 7-8 Jahren im permanenten Anpassungsprozeß befunden, der aber nunmehr abgeschlossen zu sein scheint. Mit der anstehenden EU-Mitgliedschaft steigen auch die Anforderungen an das bulgarische Wachstum, das gemäß dem Lissabon-Ziel stark wissensbasiert werden muß. Erst dann sind die Voraussetzungen geschaffen, die Produktivität weiter zu steigern und die Unterbeschäftigung abzubauen – mit dem Effekt eines höheren Pro-Kopf-Einkommens.

Bulgarien – EU-Bittsteller oder Standardfall eines aufschließendes Mitglieds?

Obwohl Bulgarien in seiner langen Geschichte bis 1990 nie eine Demokratie gewesen ist, kann es doch auf Phasen positiver Verflechtung mit Europa, insbesondere mit der Donaumonarchie und Deutschland, zurückblicken. Das gilt sowohl für die Gründerjahre bis zum Ersten Weltkrieg als auch für die Zwischenkriegszeit, als die Wirtschaft expandierte und sich Tendenzen eines steigenden Wohlstandes einstellten. Mit der – wie in anderen MOE-Ländern nun auch in Bulgarien deklarierten – "Rückkehr nach Europa" glaubt man, an diese Zeiten wieder anknüpfen zu können. Tatsächlich verleiht die baldige EU-Mitgliedschaft Sofia den Insider-Status in Bezug auf den freien Zugang zu den Kapital- und Technologieressourcen der EU. Langfristig gleiche Investitionsquoten und die Exogenität, d.h. freie Verfügbarkeit des (europäischen) technologischen Fortschritts bilden die Wachstumsgrundlage für die angestrebte Wohlstandskonvergenz.

Neben diesem ökonomischen Quasi-Automatismus ist die Mitgliedschaft mit weiteren Vorteilen verbunden, die aus der europäischen Idee der Kohäsion und des sozialen Zusammenhalts herrühren. Als das am wenigsten entwickelte Mitglied wird Bulgarien den Status des Nettoempfängers von Mitteln aus den verschiedenen Brüsseler Fonds, allen voran dem Strukturfonds und dem Agrarhaushalt, genießen. Weil sein geringes Einkommen je Einwohner nur langsam den EU-Durchschnitt erreichen kann, wird Sofia wohl auf Jahrzehnte hinaus solche Transfers beanspruchen dürfen. Dabei fallen vor dem Hintergrund eines aktuellen BIP von ca. 20 Milliarden Euro die EU-Hilfen jetzt schon stark ins Gewicht: Die für den Zeitraum 2007 bis 2009 zugesagten Mittel belaufen sich auf 4,72 Milliarden Euro, die sich wie folgt aufteilen:⁷

- 2,3 Mrd. für strukturpolitische Maßnahmen, insbesondere für Straßen, Kläranlagen, etc;
- 1,55 Mrd. für Agrarpolitik (0,4 Mrd. an Direktzahlungen; 0,8 Mrd. für ländliche Entwicklung);

⁷ Alle nachfolgenden Angaben aus: Delegation of the European Commission to Bulgaria, <<http://www.evropa.bg/en/del>>; und *Economic Report for the President of the Republic of Bulgaria. 2006. Convergence and European Funds*. Sofia 2006, S. 70 ff, <http://www.president.bg/en/pdf/Doklad_2006.pdf>.

- die restlichen rund 900 Millionen Euro stehen für die Verwaltungsmodernisierung, nukleare Sicherheit und andere Maßnahmen sowie für den Ausgleich der Zahlungsposition Bulgariens nach dem Beitritt zur Verfügung.⁸

In Relation zur Wirtschaftskraft des Landes sind dies sehr große Beträge, die ca. 20% des BIP für den Zeitraum bis 2009 bzw. rund 7% des BIP im Jahr ausmachen. Allein der schiere Umfang macht die Absorption solcher Mittel sehr fraglich, ja man kann jetzt schon einschätzen, daß die bulgarische Wirtschaft damit überfordert sein wird. Bekanntlich haben die früheren *Catch-up*-Mitgliedsländer Griechenland, Irland und Portugal die Erfahrung gemacht, daß schon die von der EU gesetzte Obergrenze von 4% des BIP für Mittelüberweisung hoch ist. Daher ist zu bezweifeln, daß Verwaltung und Privatsektor in Bulgarien erfahren genug sind, um die vorhandenen Gelder aus Brüssel richtig zu beantragen, die Projekte glaubwürdig zu begründen und schließlich den Mitteleinsatz abzurechnen. Aber schon wesentlich kleinere Transfers von ca. 3% des BIP dürften makroökonomisch mit unklaren Effekten verbunden sein. Eine Vorteil-Nachteil-Bilanz fällt widersprüchlich aus:

- Vorteil: Kurzfristig werden diese Mittel die relative Nachfrage (nach heimischen Gütern) wohl beleben und das Wachstum beschleunigen.
- Nachteil: Eine auf diese Weise expandierende Nachfrage wäre von Inflationsdruck begleitet. Gleichzeitig dürfte das ohnehin nicht tragfähige bulgarische Handelsbilanzdefizit wegen der hohen Importquote weiter zunehmen.
- Vorteil: Die Realeinkommen der für Direktzahlungen etc. qualifizierten Landwirte werden steigen – ebenfalls mit positiven Wachstumseffekten.
- Nachteil: Die diesbezügliche Kofinanzierung, mit 350 Millionen Euro angesetzt, belastet den Haushalt, der wegen des bulgarischen Wechselkursregimes möglichst ausgeglichen sein sollte.

Als weiteres allgemeines Problem kommt die mit Fragezeichen versehene Absorption der Gelder auf der Subebene der Verwaltungsregionen und Bezirke hinzu. Erfahrungsgemäß dürfte die örtliche Administration zum Engpaß werden.

Ist angesichts der massiven europäischen Hilfe Sofia aber als eine Finanzlast für die Nettozahler abzuqualifizieren? Und mit Blick auf das europäische Sozialmodell: Gilt es, daß das Balkanland gar nicht die richtigen sozialen Standards aufweist?

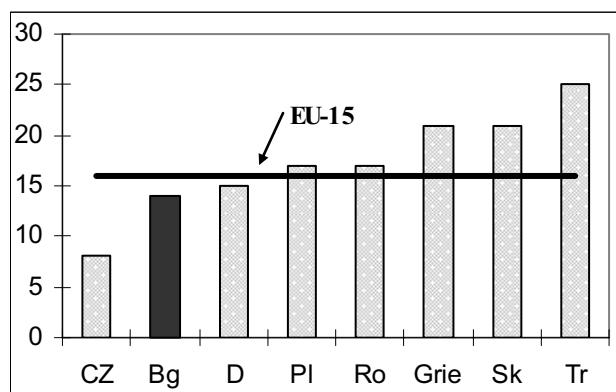
Was die finanzielle Belastung der EU-Haushalte durch Bulgarien anbelangt, ist diese vergleichsweise gering. Und wenn berücksichtigt wird, daß nur eine teilweise Inanspruchnahme der zugesagten Mittel stattfinden wird, erweist sich die Mitgliedschaft Bulgariens als noch weniger kostspielig. Insbesondere im Vergleich mit den Dimensionen anderer Budgetposten, wie dem Agrarhaushalt, der

⁸ Ohne diesen Ausgleich würde Bulgarien nach dem Beitritt Nettozahler werden, weil die nationalen Beiträge zum EU-Haushalt sofort fällig sind, während die EU-Rückflüsse verzögert stattfinden.

in der Kritik steht, Strukturen von gestern zu finanzieren, relativieren sich die Kosten der Südosterweiterung noch mehr.

Ferner entpuppt sich das bulgarische Sozialmodell als weniger unmenschlich und darwinistisch, als allgemein perzipiert. Das gilt um so mehr, wenn man als Kriterium nicht die Höhe der Sozialausgaben, sondern deren Anteil an den Gesamtausgaben des Staates betrachtet. Es leuchtet ein, daß arme Gesellschaften wenig Mittel für soziale Zwecke mobilisieren können. Hierbei ist Bulgarien keine Ausnahme: Sein BIP je Einwohner beträgt rund 30% des EU-15-Durchschnitts und liegt damit deutlich unter dem Polens, der Slowakei und der anderen Beitrittsländer, die 2004 ca. 40-50% des EU-15-Durchschnitts erreichten (ganz zu schweigen von Griechenland mit seinen ca. 70 % im Jahr 1981). Und doch können die vorhandenen Mittel so eingesetzt werden, daß der Zusammenhalt der Gesellschaft zumindest im Ansatz gewährleistet ist. In diesem Sinne mag es ein bulgarisches Paradoxon sein, daß das statistische Armutsrisiko in diesem Land vergleichsweise gering ist (Graphik 7).

Graphik 7: Armutsrisiko in ausgewählten Ländern 2003, % der Bevölkerung



Quelle: Guio, Anne-Catherine: Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in EU-25. In: *Statistik kurz gefaßt. Bevölkerung und soziale Bedingungen*, 13/2005, Eurostat, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-NK-05-013/DE/KS-NK-05-013-DE.PDF

Das statistisch geringe Armutsrisiko darf nicht mit einem hohen Wohlstandsniveau, insbesondere verglichen mit Deutschland, der EU-15 oder anderen entwickelten Ländern, verwechselt werden. Der Indikator besagt nur, daß – gemessen an diesen Gesellschaften – die Wahrscheinlichkeit von Einkommensverschiebungen in Richtung mehr Armut in Bulgarien geringer ist. Das mag am gegenwärtig niedrigen Lebensstandard liegen, der ohnehin mit verbreiteter Armut

gleichgesetzt wird. In Bulgarien, wie übrigens auch in Rumänien und der Türkei, den anderen EU-Beitrittskandidaten, liegt die Armutsgrenze mit 3500 (Rumänien 2000) Euro pro Haushalt und Jahr deutlich niedriger als in Westeuropa (Tabelle 2). Zugleich läßt die anhaltende Wirtschaftsdynamik die Verringerung der Armut, d.h. die Hebung der Armutsgrenze, zu einer realistischen Perspektive werden. Denn eine Folge der positiven Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre war die Verbesserung oder zumindest Stabilisierung der ökonomischen Lage der Bezieher mittlerer Einkommen.

Tabelle 2: Armutsgrenzen nach Ländern für Vier-Personenhaushalte 2003*, Euro in Kaufkraftparitäten

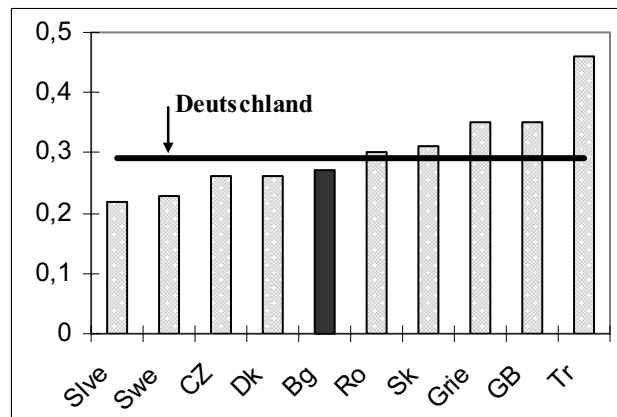
Land	Grenze	Land	Grenze
Rumänien	2.000	Tschechien	9.500
Bulgarien	3.500	Italien	15.000
Türkei	3.500	Schweden	16.500
Litauen	4.500	Frankreich	17.000
MOE	5.000	EU-15	17.500
Polen	5.500	Irland	18.000
Ungarn	7.500	Deutschland	19.500
Kroatien	9.000	Großbritannien	20.500

* Jeweils 60% des Median-Einkommens

Quelle: Guio, Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung, a.a.O.

Dieser Eindruck bestätigt sich bei der Betrachtung des Gini-Koeffizienten, der in Bulgarien – entgegen der verbreiteten Vorstellung, im Lande herrsche Manchester-Kapitalismus – recht gering ist (Graphik 8, S. 213). Der Gini-Koeffizient gibt an, wie sich die Verteilung des Volkseinkommens auf die Haushalte gestaltet. Er nimmt Werte an zwischen 1 – in diesem Fall ist die Einkommensungleichheit am größten – und 0 – es liegt Egalitarismus vor. Das (überraschende) bulgarische Ergebnis kann unterschiedlich interpretiert werden. Entweder weist die bulgarische Gesellschaft keine ausgeprägte Neureichen-Klasse auf oder der Staat hat es vermocht, allzu große Einkommensdifferenzen zu kaschieren oder auszugleichen. Vermutlich liegt die Erklärung irgendwo dazwischen: Da Bulgarien kein rohstoffreiches Land ist, konnte hier nicht eine Oligarchen-Oberschicht wie z.B. in Rußland während der 1990er Jahre entstehen. Die wenigen Filetstücke der bulgarischen Wirtschaft gingen nach der Wende in verschiedenen Besitz über, ohne daß Magnatenfamilien eine starke Vermögenskonzentration erreichen konnten. Ferner verhindert die Alterstruktur der Gesellschaft mit ihrem hohen Rentneranteil einen sehr großen Gini-Koeffizienten, da ein bedeutender Teil der Budgetausgaben für Renten und sonstige Sozialleistungen bestimmt ist.

Graphik 8: Gini-Koeffizient
in ausgewählten europäischen Ländern 2003



Quelle: Guio, Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung, a.a.O.

Folglich ist das EU-Anwärterland Bulgarien weniger unsozial, als gemeinhin angenommen. Seine Staatsquote – der Anteil des vom Staat umverteilten BIP – liegt mit gegenwärtig rund 42% des BIP auf der Höhe der Länder mit ähnlichem Entwicklungsstand. Zum Vergleich: In der Slowakei beträgt die Staatsquote 41%, in Polen 45%, in Ungarn 49% des BIP usw. Der Staatsverbrauch, der Teil der Staatsausgaben der nicht Umverteilungszwecken dient, ist mit 16 bis 17% des BIP ebenfalls konsistent mit dem Entwicklungsstand der bulgarischen Wirtschaft (Slowakei 18%, Ungarn 22%, EU-15 18%).⁹ Andere Indikatoren, wie die Struktur der Budgeteinnahmen, weisen ebenfalls klare Ähnlichkeiten mit denen der MOE-Beitrittsländern auf. Der Weg Bulgariens zur realen Wohlstandskonvergenz mit der EU kann demzufolge nur ein Weg anhaltenden Wachstums sein. Das schließt alle wirtschaftspolitischen Weichenstellungen ein, die diesen Weg begünstigen. Der Ruf nach einer "verbesserten" Verteilung zugunsten der Einkommensschwachen ist dagegen nur scheinsozial, da er, wie die Analyse belegt, keinen Spielraum für Wohlstandsgewinne bietet. Dieser Spielraum ist nur gegeben, wenn über lange Zeitperioden Beschäftigungs- und Produktivitätsgewinne erzielt werden.

⁹ Alle Angaben aus: Europäische Kommission, Generaldirektion ECFIN: *Statistischer Anhang* (Anm. 3),
<http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2006/statannex0106_de.pdf>.